

Nichts Neues unter der Sonne könnte man nach Lektüre einer für die Bundesbürger atemberaubenden Lektüre sagen: Eine knappe historische Arbeit von Klaus J. Bade, jüngst im Colloquium Verlag Berlin, erschienen, führt den Leser ein in die Gründe und Abgründe deutscher Aus- und Einwanderungspolitik.

Erst einmal waren wir ein Auswanderungsland. In der Zeit von 1847 bis 1914 gingen mehr als 4 Millionen Deutsche aus verschiedenen Motiven ins Ausland. Politische Repression spielte eine Rolle, wirtschaftliche Enge und die Aussicht auf bessere Verhältnisse in "God's own country", den Vereinigten Staaten. Diese 4 Millionen gingen fast vollständig in die USA, dazu rund 85.000 nach Kanada, 56.000 nach Australien, 89.000 Deutsche nach Brasilien.

Die Auswanderung in die USA, im vorigen Jahrhundert noch so gut wie problemlos, wurde dann in diesem Jahrhundert blockiert: durch ein Quotensystem. Später wurden in unseren Tagen in der Bundesrepublik ebenfalls Quoten für Flüchtlinge eingeführt.

Die Zahl derer, die in das Deutsche Reich kamen, stieg im letzten Jahrhundert ebenfalls sprunghaft. Registriert wurden 1871 nur 200.000, 1910 aber schon eine Zahl von 1.250.000 - also das Sechsfache. Ähnlich wie heute die "Gastarbeiter", wollte das Deutsche Reich die meist aus Polen kommenden Fremdarbeiter nur als Saisoniers, als Saisonarbeiter und kurzfristige Arbeitsmarktbewerber haben. Es waren Arbeitswanderer aus dem östlichen Ausland. Sie wurden ohnehin nur als einzelne Arbeitskräfte, nicht aber im Familienverband, zugelassen: "Kinder hatten jenseits der preußischen Ostgrenzen zu bleiben; Männer und Frauen wurden in Arbeiterkolonnen getrennt; Schwangerschaft war ein Ausweisungsgrund".

Wie sich die Bilder, fast auch schon die Realitäten, ähneln! Auch hierzulande ging es in den 60er Jahren darum, die Ausländer zu allem möglichen, meist Dreck- oder Schwerstarbeiten, ins Land zu locken, ihnen jetzt aber das Recht streitig zu machen, ihre Kinder nachzuholen. Das Zuzugsalter für Kinder soll herabgestuft werden.

So war und so klang es damals für die Betroffenen ähnlich, gleich, ob es eine königlich-preußische Regierung oder heute eine republikanische Bundesbehörde mit stillschweigender Zustimmung des Parlaments beschließt. So wie heute der Arbeitsminister verschämt von "Rückkehrprämien" aus dem Joch des Leidenszwangs redet, so wurde damals vom jährlichen Rückkehrzwang geredet.

À propos Schmutz, Dreck und sonstiges Unangenehmes: Die Verrichtung von Dreck- und Müllarbeiten durch importierte Ausländer ist auch keine Erfindung der Zeit nach 1945, bewiesen in der Studie von Bade: "Die ausländischen Arbeitskräfte verrichteten häufig die am wenigsten geschätzten Schwerstarbeiten, bei denen zweierlei zusammentraf: mäßige Anforderungen an fachliche Qualifikation und Arbeitsbedingungen, die einheimische Arbeitskräfte abschreckten, für ausländische, aufgrund ihrer Lage in ihren Herkunftsgebieten, jedoch noch beträchtliche Anziehungskraft hatten". Und die Deutsche Gesellschaft für Arbeitslosigkeit stellte damals, nicht etwa 1983,

fest, "die Tatsache, daß inländische Arbeitslose vorhanden sind, darf nicht von vornherein die Einführung von Ausländern in allen Fällen ausschließen: es gibt gewisse schwierige und schmutzige Arbeiten, z. B. im Tiefbau, denen die inländischen Arbeitskräfte auf Dauer nicht gewachsen sind".

Beim Buchzuklappen reibt man sich die Augen, schämt sich ein wenig. Wir Deutsche haben vielleicht nicht als Einwanderungsland, aber als "Arbeitseinfuhrland" eine Tradition - und in dem selbtherrlichen Anspruch, die Dreck- und Schmutzarbeiten den anderen zu überlassen, die uns weniger Mensch, weniger empfindlich zu sein scheinen als wir es für uns beanspruchen.